

## **VdK warnt: Immer mehr Kindern und älteren Menschen droht Armut Corona-Pandemie verstärkt soziale Ungleichheit: Politik muss jetzt wirksam gegensteuern!**

Der Sozialverband VdK Hessen-Thüringen warnt vor der in ganz Deutschland zunehmenden Armut. „Zu verhindern, dass immer mehr Menschen in die Armut abrutschen, ist jetzt und künftig eine der zentralen sozialpolitischen Herausforderungen“, sagt der VdK-Landesvorsitzende Paul Weimann zum Internationalen Tag zur Beseitigung der Armut am 17. Oktober. „Wir beobachten mit großer Sorge, dass insbesondere Kinder und ältere Menschen betroffen sind. Die Entwicklung wird durch die Corona-Pandemie noch verstärkt.“

Nach aktuellen Zahlen der statistischen Ämter stieg zwischen 2009 und 2019 die Armutsgefährdungsquote für die Gruppe der 65-Jährigen und Älteren in Hessen von 11,8 Prozent auf 15,9 Prozent, in Thüringen in demselben Zeitraum von 9,7 Prozent auf 13,4 Prozent. Besonders armutsgefährdet sind demnach Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (Hessen: 21,9 Prozent, Thüringen: 22,7 Prozent) sowie junge Menschen zwischen 18 und 25 Jahren (Hessen: 25,9 Prozent, Thüringen: 35,2 Prozent). Die Bertelsmann Stiftung weist zudem darauf hin, dass die Corona-Krise arme Kinder besonders hart trifft: Ihre Eltern arbeiteten oft in Teilzeit oder Minijobs und gehörten zu den ersten, die ihre Arbeitsplätze verlieren würden oder keinen oder nur geringen Anspruch auf Kurzarbeitergeld hätten. Benachteiligt seien die Kinder und Jugendlichen auch beim Homeschooling, da sie seltener über die notwendige Ausstattung und einen geeigneten Platz zum Lernen verfügten.

„Die Pandemie vertieft die soziale Spaltung im Lande, mit verheerenden Folgen für die Schwächsten in unserer Gesellschaft. Das dürfen wir nicht akzeptieren“, betont Paul Weimann. Die Politik müsse umgehend wirksame Maßnahmen ergreifen, um Menschen aller Altersgruppen vor dem Absturz in die Armut zu bewahren. „Für Kinder und Jugendliche muss es langfristig auf eine eigenständige materielle Sicherung hinauslaufen, zum Beispiel in Form einer Kindergrundsicherung“, sagt der Landesvorsitzende. „Um Chancengleichheit für Kinder aus ärmeren Familien zu schaffen, brauchen wir außerdem flächendeckende Bildungs- und Betreuungsangebote in Ganztageseinrichtungen.“

Wichtig sei außerdem, dass die Erwerbstätigen von heute eine gesetzliche Altersversorgung erwirtschaften können, die über dem Niveau der Grundsicherung liegt. „Der VdK setzt sich daher für eine Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 13 Euro pro Stunde ein“, betont Weimann.

verantwortlich: Philipp Stielow